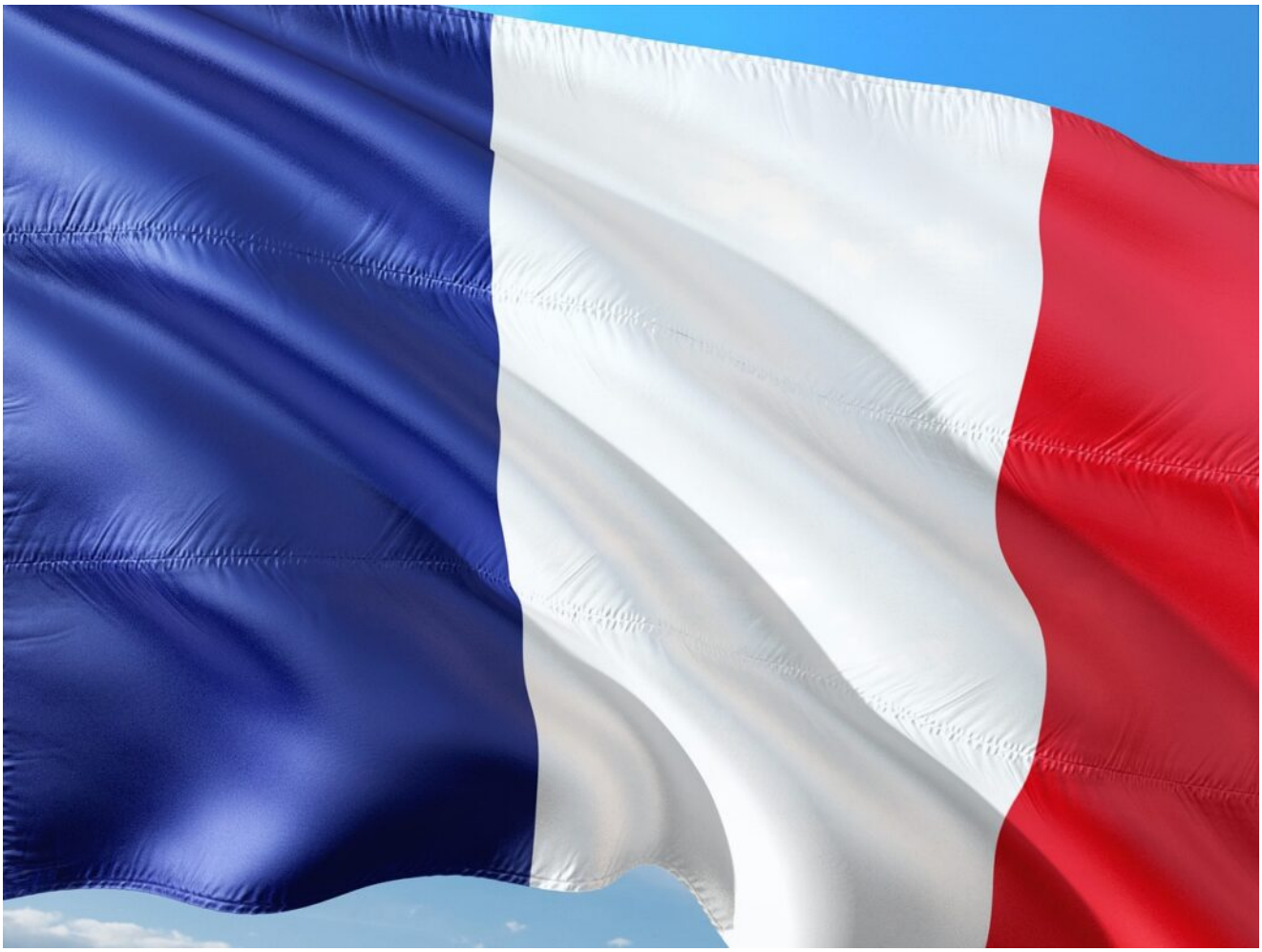
# Frankreichs Regierung kündigt Rechtsstatus für Imame an

28. Februar 2024



Die meisten Imame im Land seien inzwischen Franzosen, räumt der Innenminister ein. Sie hätten aber noch keinen Zugang zu angemessenen Strukturen. Es brauche besser ausgebildete Geistliche, die besser entlohnt werden.

Paris (KNA) Frankreichs Regierung will binnen sechs Monaten einen verbindlichen Rechtsstatus für die Imame im Land schaffen. Das kündigte Innenminister Gerald Darmanin laut der Zeitung „La Croix“ (online Dienstag) vor dem „Forum des Islams in Frankreich“ (Forif) an. Die Vertreter des Forums forderte er auf, aktiv an diesem Statut mitzuarbeiten.

Nach Worten des Ministers soll der Staat die weltliche Ausbildung der muslimischen Geistlichen übernehmen; „in dem, was Frankreich ausmacht, und in seinen Besonderheiten“, so Darmanin. Die führenden Vertreter des Islams in Frankreich sollen für die theologische und die geistliche Ausbildung der Imame verantwortlich sein. Dafür brauche es ein größeres

Ausbildungsangebot im Land.

Die meisten Imame im Land seien inzwischen Franzosen; sie hätten aber noch keinen Zugang zu angemessenen Strukturen, räumte Darmanin ein. Es brauche besser ausgebildete religiöse Führungskräfte, die angemessen entlohnt und vollständig in die französische Gesellschaft integriert werden.

Die anwesenden muslimischen Akteure äußerten sich laut Bericht erleichtert und angetan von den Äußerungen des Ministers. Man werde sich an die Arbeit begeben und wolle pünktlich liefern. „Wir sind jetzt überzeugt, dass es einen politischen Willen gibt, einen Status für den Imam zu schaffen“, wird der Imam der Großen Moschee von Straßburg zitiert, Kalilou Sylla. „Früher waren wir uns nicht ganz sicher.“

Beobachtern zufolge, so „La Croix“, verzögerte die Unklarheit über den Status von Imamen in Frankreich bislang die Frage nach ihrer erforderlichen Ausbildung und der erwarteten Vergütung. So sei der Beruf zunehmend unattraktiv geworden.

Der Innenminister sagte zudem zu, die drängende Frage von Friedhofsplätzen für in Frankreich geborene Muslime anzugehen. Bis 1. Juli solle der Zugang zu einem Grabplatz „für unsere muslimischen Landsleute kein Thema mehr sein“, so Darmanin.

Nach seinen Angaben wurden im Jahr 2023 offiziell 242 antimuslimische Taten registriert; ein Anstieg von 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das sei nicht hinnehmbar. Fast die Hälfte dieser Taten wurden demnach in den letzten drei Monaten des Jahres begangen, also nach dem 7. Oktober, dem Datum des Hamas-Massakers in Israel. „Das zeigt, dass der Krieg im Nahen Osten offensichtlich Auswirkungen auf unser Land hat“, so Darmanin. Als Innenminister sei er der Minister für den Schutz der Gläubigen – „für alle Franzosen und damit auch für die Muslime“.

Mit wohl rund sechs Millionen sind Muslime unter den 68 Millionen Bürgern Frankreichs die zweitgrößte Religionsgemeinschaft nach dem Christentum. Angaben zur genauen Zahl variieren. Viele Muslime sind Einwanderer aus den ehemaligen französischen Kolonien in Nordafrika, etwa Algerien, Marokko und Tunesien.

© KNA

Bild: jorono auf Pixabay

Stand: 13. November 2026